LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN **Drucksache 8/4932**
8. Wahlperiode **10.06.2025**

KLEINE ANFRAGE

der Abgeordneten Anne Shepley, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Bildungs- und Teilhabepaket sowie der Kinderzuschlag in Mecklenburg-Vorpommern

und

ANTWORT

der Landesregierung

Vorbemerkung

Bei der Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) handelt es sich um gesetzliche kommunale Aufgaben, die in Mecklenburg-Vorpommern von den Landkreisen und kreisfreien Städten im eigenen Wirkungskreis wahrgenommen werden.

Die Gewährung des Kinderzuschlages ist eine Aufgabe des Bundes bzw. der Familienkasse bei der Bundesagentur für Arbeit.

Zur Beantwortung der Anfrage wurde eine Abfrage bei allen Landkreisen und kreisfreien Städten durchgeführt. Rückmeldungen sind von der Landeshauptstadt Schwerin, der Hansestadt Rostock sowie von den Landkreisen Mecklenburgische Seenplatte, Vorpommern-Rügen, Vorpommern-Greifswald und dem Landkreis Rostock eingegangen.

Im Zuge der Rückmeldungen wiesen die Kommunen darauf hin, dass es sich bei BuT-Leistungen um Individualansprüche handelt. Angaben zu Haushalten oder Haushaltsgrößen werden daher statistisch nicht erfasst. Auch eine Erfassung von potenziell anspruchsberechtigten Haushalten, die Leistungen aber nicht in Anspruch nehmen, erfolgt nicht. Zudem konnten die gewünschten Angaben zum Teil aufgrund von unterschiedlichen Methoden bei der statistischen Erfassung der Kommunen sowie der Bundesagentur für Arbeit [im Bereich des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)] nicht ermittelt werden.

Mit Blick darauf übersandten einige Kommunen Daten zu Personen, die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes in Anspruch genommen haben, sowie zu Antragstellungen insgesamt, teilweise aber ohne Rechtskreisunterscheidung. Die Daten wurden daher nur zum Teil aufgenommen.

Die Ministerin für Soziales, Gesundheit und Sport hat namens der Landesregierung die Kleine Anfrage mit Schreiben vom 10. Juni 2025 beantwortet.

1. Wie hoch ist nach Kenntnis der Landesregierung die Anzahl der Kinderzuschlag berechtigten Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern seit 2018 (bitte nach Jahren, Haushaltsgröße, Alter der Kinder, Rechtskreis, Landkreisen und kreisfreien Städten aufschlüsseln)?
   Wie viele Haushalte haben nach Kenntnis der Landesregierung den Anspruch, den Kinderzuschlag zu beziehen, rufen die Mittel jedoch nicht ab?

Bezüglich der erfragten Zahlen wird auf das Statistikportal der Bundesagentur für Arbeit verwiesen: https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Familie-Kinder/Famka/Famka.html.

Da es sich um eine Aufgabe des Bundes handelt, liegen der Landesregierung keine darüber hinausgehenden Daten vor.

2. Wie hoch ist nach Kenntnis der Landesregierung die prozentuale und absolute Inanspruchnahme der zu BuT-Leistungen berechtigten Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern seit 2018 (bitte nach Jahren, Haushaltsgröße, Alter der Kinder, Rechtskreis, Landkreisen und kreisfreien Städten aufschlüsseln)?

   a) Wie viele Haushalte haben den Anspruch, BuT-Leistungen zu beziehen, rufen die Mittel jedoch nicht ab?
   b) Wie viel Prozent der anspruchsberechtigten Eltern sind erwerbstätig (bitte nach Erwerbslosigkeit, Voll- und Teilzeit getrennt ausweisen)?

Die Fragen 2, a) und b) werden zusammenhängend beantwortet.

Zu Haushalten, die Anspruch auf BuT-Leistungen haben, liegen der Landesregierung keine konkreten Angaben vor. Hintergrund ist, dass sich die einzelnen Leistungen für Bildung und Teilhabe an verschiedene Personengruppen richten und jeweils unterschiedlichen Voraussetzungen unterliegen, auch hinsichtlich des Alters. Darüber hinaus handelt es sich um im jeweiligen Monat entstehende Leistungsansprüche, sodass die Anzahl der theoretisch Anspruchsberechtigten monatlich variiert. Zudem werden einige Leistungen monatlich wiederkehrend gewährt, andere aber nur zu bestimmten Stichtagen oder individuell auf Antrag.

Für die einzelnen Rechtskreise wird auf folgende Statistikangebote hingewiesen:

Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II):
Im Bereich des SGB II sind die Leistungsberechtigten mit festgestelltem Anspruch auf BuT-Leistungen, die Aufteilung in Altersgruppen, Leistungsarten und Leistungsgewährung in der amtlichen Statistik nach § 53 SGB II der Bundesagentur für Arbeit für die Jahre 2016 bis 2024 (Regionen-Kennzahl 1300300 bis 1307600 für Landkreise und kreisfreie Städte in Mecklenburg-Vorpommern) online verfügbar unter:
https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?topic_f=but-zr

Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII):
Die Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen für Bildung und Teilhabe 2023 nach dem SGB XII werden für Mecklenburg-Vorpommern für alle Teilleistungen in den jeweiligen Jahrbüchern des statistischen Landesamtes unter dem Thema Öffentliche Sozialleistungen Punkt 6.1.3 erfasst:
https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/Statistisches%20Jahrbuch/2024_nach_Kapiteln/6%20Oeffentliche%20Sozialleistungen.pdf

Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG):
Für den Bereich des AsylbLG erfolgt eine statistische Erfassung beim Statistischen Bundesamt. Die Daten zu bewilligten Leistungen und der Anzahl der Personen werden bundesweit monatlich erfasst, sind quartalsweise als Summe der monatlichen Bewilligungen auch als Länderdaten ausgewiesen und unter der folgenden Internetadresse zugänglich: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Asylbewerberleistungen/Tabellen/liste-but-art-der-leistung-altersgruppen-q.html

Zudem werden die Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen für Bildung und Teilhabe 2023 nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern für alle Teilleistungen in den jeweiligen Jahrbüchern des statistischen Landesamtes unter dem Thema Öffentliche Sozialleistungen Punkt 6.5.3 erfasst:
https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/Statistisches%20Jahrbuch/2024_nach_Kapiteln/6%20Oeffentliche%20Sozialleistungen.pdf

Bundeskindergeldgesetz (BKGG):
Bezüglich der Statistik zu Leistungsberechtigten nach dem BKGG wird auf die Statistik der Bundeagentur für Arbeit in der Antwort zu Frage 1 verwiesen.

3. Wie viele Mittel hat Mecklenburg-Vorpommern seit 2018 für das Bildungs- und Teilhabepaket bekommen (bitte nach Jahren, Landkreisen und kreisfreien Städten aufschlüsseln)?

Bei den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes handelt es sich um gesetzliche kommunale Leistungen, für die das Land für die Rechtskreise SGB II und BKGG vom Bund finanzielle Mittel aus der Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung erhält. Diese dienen der Entlastung der Kommunen. Das Land gibt die Mittel des Bundes vollständig an die Kommunen weiter.

Die Angaben zur Bundesbeteiligung nach § 46 Absatz 8 SGB II für BuT-Leistungen nach § 28 SGB II und § 6b BKGG sind den folgenden Aufstellungen zu entnehmen (alle Beträge in Millionen Euro).

	2018	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**
Hanse- und Universitätsstadt Rostock	4,32	3,52	3,60	3,64	4,16	4,04	4,51
Landeshauptstadt Schwerin	1,77	1,99	4,81	1,35	1,69	2,58	3,36
Landkreis Mecklenburgische Seenplatte	4,16	2,88	1,35	3,12	4,37	4,85	5,77
Landkreis Rostock	2,46	2,08	2,41	1,77	2,43	2,43	4,05
Landkreis Vorpommern-Rügen	3,26	3,51	3,78	3,90	3,31	5,13	5,31
Landkreis Nordwestmecklenburg	1,94	2,18	2,32	2,36	2,37	2,48	3,83
Landkreis Vorpommern-Greifswald	5,06	5,06	3,70	4,60	3,50	4,61	5,10
Landkreis Ludwigslust-Parchim	1,66	1,74	1,93	2,25	1,87	3,21	3,08
Summe:	**24,63**	**22,96**	**23,90**	**22,99**	**23,70**	**29,33**	**35,01**

Rundungsdifferenzen möglich

4. Welche durchschnittlichen Kosten erheben die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern nach Kenntnis der Landesregierung für Klassen- und Abschlussfahrten (bitte nach Jahren seit 2018, Schularten, Landkreisen und kreisfreien Städten aufschlüsseln)?

   a) Wie viele Anträge gingen nach Kenntnis der Landesregierung für die Kostenübernahme nach BuT-Leistung ein?
   b) Wie viele davon wurden positiv beschieden?

Die Fragen 4, a) und b) werden zusammenhängend beantwortet.

Nach Nummer 6.4.1 der Verwaltungsvorschrift – Durchführung von Schulwanderungen und Schulfahrten an öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen – tragen grundsätzlich die Erziehungsberechtigten sowie die volljährigen Schülerinnen und Schüler den Beitrag, der für die Teilnahme an Schulwanderungen und Schulfahrten erhoben werden kann.

Die an Schulwanderungen und Schulfahrten teilnehmenden Aufsichtspersonen erhalten Reisekostenvergütungen nach dem Landesreisekostengesetz in der jeweils geltenden Fassung. Begleitpersonen erhalten für die Teilnahme an Schulwanderungen und Schulfahrten eine Aufwandsentschädigung. Diese umfasst die Erstattung der tatsächlich entstandenen notwendigen und nachweisbaren Kosten im Zusammenhang mit Schulwanderungen und Schulfahrten sowie eines möglichen und darüber hinausgehenden Verpflegungsmehraufwandes.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern erstattet demnach lediglich den Aufsichts- und Begleitpersonen entstandene Kosten im Zusammenhang mit Schulwanderungen und Schulfahrten. Die hierbei zu erstattenden Kosten sind nicht zwangsläufig deckungsgleich mit den Kosten, die den Schülerinnen und Schülern des Landes bei Schulwanderungen und Schulfahrten entstehen. Insbesondere Verpflegungsmehraufwendungen sowie Kosten für eine andere Unterbringung der Aufsichts- und Begleitpersonen können hier zu unterschiedlichen Kostensätzen führen. Aus den der Landesregierung vorliegenden Zahlen hinsichtlich der Kostenerstattung für Schulwanderungen und Schulfahrten für Aufsichts- und Begleitpersonen lassen sich somit keine durchschnittlichen Kostensätze für Schülerinnen und Schüler ableiten.

Darüber hinausgehend liegen der Landesregierung keine statistisch aufgearbeiteten Zahlen vor.

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald hat Angaben zu mehrtägigen Fahrten von leistungsberechtigten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, soweit sie Schüler sind, zurückgemeldet. Da in den Kindertagesstätten mehrtägige Fahrten allenfalls in der Vorschulgruppe durchgeführt werden, werden damit größtenteils mehrtägige Klassen- und Abschlussfahrten von Schülern abgebildet. Eine Darstellung differenziert nach Schularten ist nicht möglich, da die besuchte Schulart vom Fachprogramm nicht erfasst wird.

Anträge	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**
SGB II	2 031	1 807	981	597	976	1 085	1 028
BKGG	1 164	1 151	999	783	1 011	1 376	1 356
Summe	**3 195**	**2 958**	**1 980**	**1 380**	**1 987**	**2 461**	**2 384**

Bewilligungen	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**
SGB II	1 019	804	331	171	413	534	462
BKGG	514	480	228	138	392	591	579
Summe	**1 533**	**1 284**	**559**	**309**	**805**	**1 125**	**1 041**

Ausgaben in Euro	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**
SGB II	171 251	135 320	0	22 953	75 552	103 744	108 711
BKGG	90 752	87 199	6 240	21 852	79 375	127 943	163 326
Summe	**262 003**	**222 519**	**6 240**	**44 805**	**154 927**	**231 687**	**272 037**

Die durchschnittlichen Kosten für Klassenfahrten wurden vom Landkreis Vorpommern-Greifswald folgendermaßen angegeben:

	2018	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**
durchschnittliche Kosten pro Fahrt in Euro	170,91	173,30	11,16	145,00	192,46	205,94	261,32

Es wurde darauf hingewiesen, dass die Durchschnittswerte zu den Kosten für die Jahre 2020 bis 2022 infolge der Corona-Pandemie wenig aussagekräftig sind.

Der Landkreis Rostock hat folgende Anzahl zu in Anspruch genommen Leistungen im Leistungsbereich Klassenfahrten für die Jahre 2019 bis 2023 angegeben:

	2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
Anzahl	340	148	64	220	444

Der Landkreis Rostock wies zudem darauf hin, dass lediglich die durch das Sozialamt bearbeiteten Anträge der Rechtskreise BKGG, SGB XII sowie AsylbLG erfasst wurden.

5. Wie viele Anträge gingen nach Kenntnis der Landesregierung auf angemessene außerschulische Lernförderung nach BuT-Leistung ein (bitte nach Jahren seit 2018, Schularten, Landkreisen und kreisfreien Städten aufschlüsseln)?
Wie viele davon wurden positiv beschieden?

Die Landkreise und kreisfreien Städte führen aus, dass sich die Beantragung und Gewährung von Leistungen für die Inanspruchnahme einer angemessenen außerschulischen Lernförderung auf alle Schularten erstreckt (Grundschulen, Regionale Schulen, Gymnasien, Gesamtschulen, Förderschulen bis hin zur Beruflichen Schule, soweit der Schülerstatus gegeben ist). Eine detaillierte Darstellung nach Schularten ist jedoch nicht möglich. Die besuchte Schulart wird von den Programmen nicht erfasst, sodass insoweit keine Auswertung erfolgen kann. Zudem wurde teilweise zurückgemeldet, dass eine Antragszählung nicht stattfindet.

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald hat Daten zu Anträgen auf Leistungen für angemessene außerschulische Lernförderung und Bewilligungen übermittelt:

	2018	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**
SGB II	942	681	635	387	422	419	372
BKGG	313	291	323	210	217	296	289
Summe	**1 255**	**972**	**958**	**597**	**639**	**715**	**661**

Bewilligungen	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**
SGB II	742	499	448	248	258	304	257
BKGG	224	212	214	106	88	194	210
Summe	**966**	**711**	**662**	**354**	**346**	**498**	**467**

Der Landkreis Rostock übermittelte Daten zu Anträgen für angemessene außerschulische Lernförderung für die Jahre 2019 bis 2023:

	2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
Anzahl	38	45	28	12	32

Der Landkreis Rostock wies zudem darauf hin, dass lediglich die durch das Sozialamt bearbeiteten Anträge der Rechtskreise BKGG, SGB XII sowie AsylbLG erfasst wurden.

Beim Landkreis Vorpommern-Rügen wurde das Antragsaufkommen für Lernförderung ab dem Jahr 2019 wie folgt statistisch erfasst. Dabei wird nicht nach Bewilligung und Ablehnung unterschieden.

	2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**
Anzahl	481	419	330	289	422	333

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock wies darauf hin, dass eine Antragszählung nicht stattfindet. Es wurde eine Übersicht zur Anzahl der Personen mit Inanspruchnahme von Leistungen der außerschulischen Lernförderung übermittelt:

	2018	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**
Anzahl	480	332	290	163	128	187	140

Die Landeshauptstadt Schwerin meldete für die Jahre 2021 bis 2024 die Anzahl der Kinder mit Bildungskarte mit Lernförderung wie folgt:

	2021	**2022**	**2023**	**2024**
Anzahl	173	107	215	222

6. Wie viele Anträge gingen nach Kenntnis der Landesregierung zur finanziellen Unterstützung der Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung nach BuT-Leistung ein (bitte nach Jahren seit 2018, Schularten, Landkreisen und kreisfreien Städten aufschlüsseln)? Wie viele davon wurden positiv beschieden?

Die Angaben der Landkreise und kreisfreien Städte beziehen sich auf Teilnahme von Schülern an der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Schule und Hort, soweit ein Kooperationsvertrag zwischen Schule und Hortträger vorliegt, sowie auf die Schularten Grundschule, Regionale Schule, Gesamtschule, Gymnasium und Förderschule.

Eine detaillierte Darstellung nach Schularten ist auch hier nicht möglich, weil die Fachprogramme keine Auswertungen nach Schularten bieten. Eine Antragszählung findet ganz überwiegend nicht statt.

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald übermittelte Daten zu Anträgen auf Leistungen zur Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung:

Anträge	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**
SGB II	2 274	2 070	1 696	1 576	1 754	1 691	1 571
BKGG	1 338	1 292	1 506	1 471	1 530	1 872	1 969
Summe	**3 612**	**3 362**	**3 202**	**3 047**	**3 284**	**3 563**	**3 540**

Der Landkreis Rostock übermittelte Daten zu Anträgen für gemeinsame Mittagsverpflegung für die Jahre 2019 bis 2023:

	2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**
Anzahl	478	560	543	584	751

Der Landkreis Rostock wies zudem darauf hin, dass lediglich die durch das Sozialamt bearbeiteten Anträge der Rechtskreise BKGG, SGB XII sowie AsylbLG erfasst wurden.

Der Landkreis Vorpommern-Rügen hat folgende Daten zu den Anträgen für Mittagsverpflegung übermittelt.

	2019	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**
Anzahl	5 838	5 757	5 704	6 696	6 790	6 267

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock wies darauf hin, dass eine Antragszählung nicht stattfindet. Es wurde eine Übersicht zur Anzahl der Personen mit Inanspruchnahme von Leistungen der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung übermittelt:

	2018	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**
Summe	5 581	5 056	4 845	4 387	4 823	4 659	4 723

7. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung in dieser Legislaturperiode ergriffen, um die Familien und Kommunen darin zu unterstützen, die Mittel des Kinderzuschlages sowie des Bildungs- und Teilhabepaketes vollständig abzurufen?
   Welche Maßnahmen plant die Landesregierung in dieser Legislaturperiode, um die Familien, Kommunen und die Agentur für Arbeit darin zu unterstützen, die Mittel des Kinderzuschlages und des Bildungs- und Teilhabepaketes vollständig abzurufen?

Die Umsetzung der BuT-Leistungen ist eine gesetzliche kommunale Aufgabe, die in Mecklenburg-Vorpommern vollumfänglich im eigenen Wirkungskreis der Kommunen wahrgenommen wird. Die Maßnahmen des Landes konzentrieren sich daher auf die Mitwirkung in einer Arbeitsgruppe des Landkreistages, in deren Rahmen im Austausch mit allen Kommunen unter Beteiligung des Städte- und Gemeindetages Fragen rund um das Thema BuT-Leistungen erörtert werden. Die letzte Sitzung der AG „Bildung- und Teilhabe“ fand im März dieses Jahres statt. Darüber hinaus erfolgen regelmäßig Austausche mit den Sozialamtsleitungen und den Sozialdezernenten. Die Sensibilisierung potenzieller Anspruchsberechtigter erfolgt durch die Kommunen im Rahmen ihrer eigenverantwortlichen Aufgabenwahrnehmung.

Durch das am 1. Juli 2019 in Kraft getretene Gesetz zur zielgenauen Stärkung von Familien und ihren Kindern durch die Neugestaltung des Kinderzuschlages und der Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe (Starke-Familien-Gesetz) hat sich der Personenkreis, der grundsätzlich Anspruch auf BuT-Leistungen hat, deutlich erweitert.

Es ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei BuT-Leistungen um einen individuellen Anspruch eines jeden Kindes handelt, der zu beantragen ist. Dies gilt auch insoweit, als mit dem Starke-Familien-Gesetz seit dem 1. August 2019 die BuT-Leistungen mit Ausnahme von Klassenfahrten und Lernförderung per Gesetz automatisch mit dem Hauptantrag auf Leistungsgewährung nach SGB II beantragt sind.

An der Ausgabenentwicklung für BuT-Leistungen der letzten beiden Jahre ist erkennbar, dass infolge des Starke-Familien-Gesetzes die Inanspruchnahme in allen Kommunen deutlich angestiegen ist.